

# Amts- und Anzeigebblatt

## für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernspreeker Nr. 210.

Nr. 81.

59. Jahrgang.

Mittwoch, den 10. April

1912.

Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen **Einkommen- und Ergänzungsteuer-einschätzung** den Beitragspflichtigen bekannt gemacht worden sind, werden in Gemäßheit der Bestimmungen in § 46 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 bez. § 28 des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1902 alle Personen, welche hier ihre Steuerpflicht zu erfüllen haben, denen aber die Steuerzettel nicht haben behändigt werden können, aufge-

fordert, wegen Mitteilung des Einschätzungsergebnisses sich bei der hiesigen Ortssteuereinnahme zu melden.  
Carlsfeld, den 6. April 1912.

Der **Gemeindevorstand.**

### Die Handhabung des Jesuitengesetzes.

Der Geheimverlaß der bayerischen Regierung über den Vollzug des Jesuitengesetzes wurde in den Blättern aller Parteirichtungen lebhaft diskutiert und veranlaßte den Reichskanzler noch vor seiner Abreise nach Korfu, in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erklären zu lassen, daß diese Angelegenheit von der allein dazu berufenen Stelle einer Prüfung unterzogen werden soll. Herr von Bethmann-Hollweg hat also die Absicht, sich mit dem Kaiser eingehend über die Sache zu unterhalten, sodas man nach seiner Rückkehr weiteres erfahren wird. Inzwischen hat aber das offiziöse Regierungsorgan sich auch eingehend über die Handhabung des Jesuitengesetzes ausgesprochen, vermutlich gleichfalls noch nach Rücksprache mit dem Reichskanzler, der sich an diesem Tage auf der Durchreise in München aufhielt und dort einige Stunden in der preussischen Gesandtschaft verweilte. Das Kanzlerorgan stellt einen sehr wesentlichen Unterschied zwischen dem bayerischen Geheimverlaß und der preussischen mündlichen Weisung fest. Darnach ist den Oberpräsidenten nach Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, der den Behörden die Befugnis zur Ausweisung ausländischer und zur Internierung inländischer Jesuiten auf Grund ihrer Eigenschaft als Jesuiten erteilt, empfohlen worden, jede Verschärfung des gegenwärtigen Standpunktes nach Möglichkeit zu vermeiden. Weiter ist den Oberpräsidenten erklärt worden: „Als verbotene Ordens-tätigkeit sei auch weiterhin, entsprechend der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes vom 8. Mai 1900 das Halten von religiös wissenschaftlichen Vorträgen durch Jesuiten anzusehen. Unter die hiernach verbotene Ordens-tätigkeit fallen selbstverständlich auch die sogenannten Konferenzvorträge und alle priesterlichen Handlungen, die zum Zwecke vorübergehender Aussprüche in der Seelsorge vorgenommen werden. In Preußen ist stets daran festgehalten, daß zwischen der Ordens-tätigkeit der Jesuiten und anderen priesterlichen Funktionen derselben ein Unterschied nicht zu machen sei.“ Diese Weisung ist bereits im Jahre 1904, als der § 2 des Jesuitengesetzes aufgehoben war, an die preussischen Oberpräsidenten ergangen. Ob sie kurz vor der letzten Reichstagswahl erneuert worden ist oder nicht, darüber gibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung keine Auskunft. Allerdings erklärt sie ausdrücklich, daß in der Auffassung der preussischen Regierung keine Aenderung eingetreten sei. Der preussische Ministerpräsident ist also nach wie vor der Ansicht, daß Konferenzvorträge der Jesuiten mit dem gegenwärtigen Rechtszustand sich nicht vereinbaren lassen. Demgemäß müßte eigentlich Herr von Bethmann-Hollweg, der nicht nur preussischer Ministerpräsident sondern auch Reichskanzler des Deutschen Reiches ist, sich in der letzten Eigenschaft mit der bayerischen Regierung im Sinne der offiziellen Erklärung auseinandersetzen. Das wird er aber erst wohl dann tun, wenn er mit der berufenen Stelle in Korfu Rücksprache genommen hat. Die „Germania“, das Berliner Zentrumsorgan, vertritt die Ansicht, daß es sich hier um Ausführungsbestimmungen der preussischen Regierung handelt, zu denen sie sich als Landespolizeibehörde berechtigt glaubt, daß aber die bayerische Regierung als Landespolizeibehörde in gleicher Weise berechtigt sei, für ihren Bezirk Ausführungsbestimmungen zu treffen, die bei Wahrung des materiellen Inhaltes des § 1 des Jesuitengesetzes eine andere Handhabung empfehle, die etwas mehr „milde und verständlich“ erscheine, als die preussische Regierung an die Oberpräsidenten. Der bayerische Jesuitenerlaß stehe durchaus nicht im Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen, die bayerische Regierung habe auch deshalb eine Nachprüfung nicht zu fürchten. Nichtsdestoweniger wird man allenthalben mit lebhaftem Interesse dem Resultat dieser Nachprüfungen entgegenzusehen können.

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

Der Reichskanzler beim Kaiser. Der Kaiser begab sich Sonnabend nachmittags 5 Uhr 30 Minuten vom Schloß Achilleion im Automobil zur Stadt Korfu, ging dann an Bord der „Hohenzollern“, um dort das Einlaufen der „Kolberg“ abzuwarten. Die „Kolberg“ mit dem Reichskanzler an Bord lief nach schneidiger Fahrt von Brindisi nachmittags um 6 Uhr im Hafen von Korfu ein. Der Kaiser hat den Reichskanzler eingeladen, mit ihm die Osterfeiertage im Achilleion, das dieser noch nicht kennt, zu verleben. Kaiser Wilhelm empfing den Reichskanzler auf der „Hohenzollern“, begab sich dann mit ihm im Automobil nach dem Achilleion, in der Stadt überall herzlich begrüßt. Bei der Abendtafel saß der Kaiser zwischen Prinzessin Auguste Wilhelm und dem Reichskanzler. Neben diesem saß Fürst zu Fürstenberg.

— Befestigung der Ostgrenze mit Fliegerstationen. Es ist jetzt bestimmt worden, daß wie die Westgrenze auch die Ostgrenze unseres Reiches mit Fliegerstationen nach und nach besetzt werden soll. Augenblicklich sind folgende Städte dafür auszuwählen: Breslau, Graubenz, Posen und Thorn. Bekanntlich befindet sich in Thorn auch ein großer Kriegsluftschiffhafen. Von anderen Städten, die weder an der Ost- noch an der Westgrenze liegen, ist noch Köln zu erwähnen, da auch hier eine Fliegerabteilung untergebracht werden soll. Es bestehen im allgemeinen über die neu aufzustellende Fliegertruppe die Absichten, sie so zu verteilen, daß jedes Armeekorps und jede größere Grenzfestung eine Fliegerabteilung erhalten wird. Infolge der fortlaufend für die Heeresverwaltung veranstalteten Städteversammlungen zur Beschaffung von Flugzeugen sowie infolge der sehr energischen und intensiven — wenn auch ohne jede Heilung — betriebenen Ausbildung einer großen Reihe von Offizieren zu Militärfliegern wird diese Fliegerverteilung großen Stills nicht mehr lange auf sich warten lassen.

— Der deutsche Reichstag hat am 5. Dezember 1911 eine einschneidende Aenderung der Reichsgewerbeordnung beschlossen. Diese Aenderung tritt am 1. April 1912 bereits in Kraft. Darnach erhalten die Gemeinden das Recht, für alle erwerbstätigen weiblichen Personen unter 18 Jahren hauswirtschaftliche Pflichtfortbildungsschulen zu errichten. Die hiesige Ortsgruppe des deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes hat daher eine Eingabe an die städtischen Behörden gerichtet und gebeten, aufgrund der neuen Fassung des § 120, Abs. III, der „R. G. O.“ verbindlichen Haushaltsunterricht für alle erwerbstätigen Mädchen unter achtzehn Jahren einzurichten. In der Eingabe ist darauf hingewiesen worden, daß die steigende Anteilnahme der Mädchen an fast allen Erwerbsgebieten eine gründliche hauswirtschaftliche Unterweisung aus Gründen der Volkswohlfahrt dringend erforderlich mache. Gerade dieser Mangel an häuslichen Kenntnissen sei es gewesen, der die verbündeten Regierungen und den Reichstag zur Erweiterung der gemeindlichen Befugnisse veranlaßt hätte.

— Ein Parjavalkreuzer für Japan. Ein in letzter Woche fertiggestellter Luftkreuzer Parjaval 13 wurde, wie der „Saale-Zeitung“ gemeldet wird, von der japanischen Regierung angekauft.

#### Oesterreich-Ungarn.

— Khuen Hedervarys Rücktritt bevorstehend. Die Nachrichten aus Ungarn lauten andauernd recht ungünstig. Allgemein gilt der Rücktritt des Grafen Khuen Hedervary als bevorstehend. Im Zusammenhang mit dieser Tatsache wird weiter berichtet, daß der Kriegsminister von Alfensberg in diesen Tagen seine Demission geben wird.

#### Rußland.

— Die chinesische Anleihe. Rußland hat sich dem Viermächte-Konkordat für die Ausgabe einer Anleihe zur Reorganisation Chinas angeschlossen und

die Bedingung gestellt, daß die Anleihe in keiner Weise die Sonderinteressen Rußlands in der Wandschurei und Mandschurie, sowie im westlichen China verletze, und daß die Anleihebedingungen nach ihrer Ausarbeitung durch die Finanzgruppen den interessierten Regierungen zur Begutachtung vorgelegt werden.

#### England.

— Des Streikes Ende. Die Konferenz des Gewerkschaftsverbandes hat die Empfehlung des Erweitungskomitees, daß die Arbeit zwecks Beendigung des Streiks wieder aufgenommen werden soll, mit 140 gegen 125 Stimmen angenommen. Damit hat der englische Kohlenstreik sein Ende gefunden.

#### Spanien.

— Beendigung der französisch-spanischen Verhandlungen. Ministerpräsident Canalejas teilte im Ministerrat mit, die Antwort Frankreichs werde Donnerstag nach der Rückkehr des Botschafters Geoffroy der Regierung übermitteln werden. Die Regierung hoffe, daß die Verhandlungen bis Ende dieses Monats noch vor dem Zusammentritt der Cortes zum Abschluß gelangen werden.

#### Afrika.

— Italienische Truppenexpedition. Die Italiener haben am Sonnabend eine Expedition nach Suva entfandt, um die Stadt zu besetzen und zu verhindern, daß dort Kriegskontingente an die Türken gesandt wird.

— Sturmzeichen in Marokko. Wie aus Fez gemeldet wird, hat die Nachricht von der Unterzeichnung des Protektorsvertrages bei der Bevölkerung eine tühle Aufnahme gefunden. Im Landesinneren ist die Unterzeichnung noch nicht bekannt. Da die Säkular unter den Stämmen schon jetzt eine allgemeine ist, so hält man es für möglich, daß die Ankündigung des Protektors die Lage noch verschlimmert. Die Militärbehörden treffen bereits die erforderlichen Maßnahmen. General Dittie ist mit einer Kolonne von Suva nach Rabat nach dem Zemmurgebiet aufgebrochen. Im Palast des Sultans hat die Unterzeichnung des Protektorsvertrages einen ziemlich schlechten Eindruck hervorgerufen. Sehr auffällig klingt es auch, daß Sultan Mulah Hafid Vorbereitungen zur Abreise von Fez nach Rabat trifft, daß auch Gesandter Regnavit seine Koffer packt. Es heißt ferner, daß der Sultan weiterhin eine Reise nach Paris machen werde.

#### Persien.

— Die Aufregung unter den Stämmen in der Gegend von Sezru hat sich noch nicht gelegt. Die Führer der Stämme dürften sich binnen kurzem über etwaige neue Angriffe verständigen. Unter gewissen Stämmen ist das Gerücht verbreitet, Mutu Hafid sei französischer Gefangener in Fez. Dieses Gerücht gibt der Erregung neue Nahrung.

#### Amerika.

— Truppenentsendungen gegen die mexikanischen Rebellen. Wie der „New-York Herald“ meldet, ist ein Trupp von 1500 Mann unter Befehl des Generals Huerta von Torreón bis in die Gegend von Esalon vorgebrungen. Die Stadt Barral, die in die Hände der Rebellen gefallen ist, hat infolge der Schlacht, welche zwei Tage andauerte, viel gelitten. Die Glocke der Kathedrale wurde durch eine Granate zerstört; eine andere Granate traf das Haus des Amerikaners Long, in welches sich mehrere Personen geflüchtet hatten. Drei Personen wurden getötet.

— Niederlage der Sozialdemokraten in den Vereinigten Staaten. Die allgemeine Niederlage der Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten hat großes Aufsehen erregt. In Milwaukee, der Stadt, in der die Sozialdemokraten seit mehreren Jahren am Ruder stehen, ist mit über dreiviertel Stimmenmehrheit gegen die Sozialdemokratie gestimmt worden. Es ist dies die Folge der mangelhaften Verwaltung während dieser Jahre. Die Finanzen waren vollständig heruntergewirtschaftet. Ein großer Teil der Bevöl-

7,80  
10,02  
10,02  
10,02  
10,07  
10,44  
10,50  
10,57  
11,16  
11,22  
11,26  
11,42  
11,58  
11,59